

Sehr geehrte Vertreter*innen des Jungen DBSH Bayern,

wir danken Ihnen herzlich für Ihre Anfrage zu den Themen Soziale Arbeit, Drogenpolitik und Freiwilligendienste in Bayern. Im Sinne einer stabilen und nachhaltigen sozialen Infrastruktur teilen wir Ihre Ansicht, dass die Finanzierung der Sozialen Arbeit langfristig und angemessen gestaltet werden muss. Hier sind unsere Antworten auf Ihre Fragen:

Soziale Arbeit allgemein

Frage 1: Welche Maßnahmen planen Sie, um langfristige Unterstützung von Zuwendungsgeber*innen für soziale Projekte sicherzustellen?

Antwort: Wir sehen Soziale Arbeit als integralen Bestandteil der öffentlichen und sozialen Infrastruktur. Um langfristige Unterstützung von Zuwendungsgeber*innen für soziale Projekte sicherzustellen, setzen wir uns für eine nachhaltige Finanzierung und transparente Verwendung der Mittel ein. Unsere Zielsetzung ist es, die Soziale Arbeit dauerhaft zu stärken und ihre Bedeutung in der Gesellschaft zu unterstreichen.

Frage 2: Wie beabsichtigen Sie, dem Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit in Bayern entgegenzuwirken?

Antwort: Als Linke in Bayern gehört es zu unseren Prioritäten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wir setzen dabei vor allem auf die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen, also eine gerechte Bezahlung und Entlastung, sowie die Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. So wollen wir sicherstellen, dass Soziale Arbeit für Fachkräfte langfristig eine attraktive Berufsperspektive bleibt.

Frage 3: In Bayern ist für die staatliche Anerkennung als Sozialarbeiterin / Sozialpädagogin ein Bachelorstudium an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule vorgeschrieben. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage von Praktikant*innen der Sozialen Arbeit in Bayern?

Antwort: Wir sind uns bewusst, dass die aktuelle Lage von Praktikantinnen der Sozialen Arbeit in Bayern verbesserungsbedürftig ist. Es ist unerlässlich, dass Praktikantinnen angemessen entlohnt werden, um prekäre Lebenssituationen zu verhindern. Wir setzen uns für eine Überprüfung der Mindestlohnregelungen ein und werden sicherstellen, dass sie auch für Praktikant*innen gelten.

Frage 4: Inwieweit und in welcher Höhe beabsichtigen Sie eine verpflichtende Bezahlung von studienintegrierten Pflichtpraktika während der Ausbildung für Fachkräfte der Sozialen Arbeit umzusetzen?

Antwort: Wir beabsichtigen, eine verpflichtende Bezahlung von studienintegrierten Pflichtpraktika während der Ausbildung für Fachkräfte der Sozialen Arbeit umzusetzen. Die genaue Höhe der Bezahlung werden wir in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Interessengruppen festlegen, um sicherzustellen, dass Praktikant*innen angemessen entlohnt werden.

Drogenpolitik in Bayern

Frage 1: Welche konkreten Schritte planen Sie, um die Suchtmittelpolitik in Bayern zu gestalten und dabei sowohl die Gesundheit und Sicherheit der Konsument*innen als auch die gesellschaftlichen Anliegen angemessen zu berücksichtigen?

Antwort: Wir betrachten Suchtmittelpolitik als eine Herausforderung, die die Gesundheit und Sicherheit der Konsument*innen und die gesellschaftlichen Herausforderungen in Einklang bringen muss. Unsere Strategie sieht vor, präventive Maßnahmen, wie Aufklärung und harmreduzierende Programme, zu fördern, um die Risiken des Drogenkonsums zu minimieren. Gleichzeitig werden wir die soziale Unterstützung und Rehabilitation für Menschen mit Drogenproblemen ausbauen.

Frage 2: Bayern hat im Juli seine Ablehnung gegenüber dem Drug-Checking-Gesetz bekundet und fordert eine Rücknahme des Gesetzgebungsvorhabens für Modellprojekte. Wie bewerten Sie als kandidierende Partei Bayerns die Haltung und Forderung des Bundestagsbeschlusses, und wie beabsichtigen Sie in dieser Angelegenheit zu handeln?

Antwort: Wir unterstützen den Beschluss des Bundestags zur Freigabe des Drug Checkings als eine Maßnahme zur Reduzierung gesundheitlicher Risiken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bayern diese Entscheidung akzeptiert und sich an Modellprojekten beteiligt, um die Effektivität des Drug Checkings zu bewerten. Wir sind der Überzeugung, dass die Gesundheit und Sicherheit der Menschen oberste Priorität haben sollten.

Frage 3: Sehen Sie als kandidierende Partei die Dringlichkeit und Notwendigkeit, eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Bayern zu schaffen, um die Gesundheit und Sicherheit der betroffenen Menschen zu gewährleisten?

Antwort: Ja, wir erkennen die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Bayern an. Wir werden uns entschieden für eine gesetzliche Grundlage einsetzen, um die Gesundheit und Sicherheit der betroffenen Menschen zu gewährleisten. Drogenkonsumräume sind unverzichtbare Einrichtungen zur Suchtprävention und zur Unterstützung schwer suchtkranker Menschen.

Freiwilligendienste

Frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Auswirkungen der geplanten Kürzungen der Fördermittel für Freiwilligendienste auf die Qualität der Freiwilligendienste zu mildern?

Antwort: Wir sind uns bewusst, dass Freiwilligendienste einen essenziellen Beitrag zur sozialen Infrastruktur leisten und eine langfristige und nachhaltige Finanzierung benötigen. Um die Auswirkungen der unmittelbaren Kürzungen der Fördermittel auf die Qualität der Freiwilligendienste zu mildern, werden wir alternative Finanzierungsquellen suchen und die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen fördern. Grundsätzlich ist die Kürzung ein Skandal.

Vielen Dank für Ihre Fragen, und wir hoffen, dass diese Antworten Ihre Anliegen bezüglich Sozialer Arbeit, Drogenpolitik und Freiwilligendiensten in Bayern angemessen adressieren. Wir stehen für weitere Gespräche und Diskussionen zur Verfügung.